



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Innen- und Rechtsausschuss
- L 21 -

Kiel, 24. Oktober 2013
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1141
(0431) 988 1152
Fax (0431) 5300 4 1180
Innenausschuss@landtag.ltsh.de

K u r z b e r i c h t

über die

*45. Sitzung des **Innen- und Rechtsausschusses***

*am Mittwoch, dem 23. Oktober 2013,
im Sitzungszimmer 142 des Landtages*

Beginn: 14:05 Uhr

Die Ausschussmitglieder nahmen zunächst einen Bericht des Innenministers über das Ergebnis der materiell-rechtlichen Prüfung im Rahmen des **kommunalaufsichtlichen Verfahrens** betr. die Eilentscheidung der Oberbürgermeisterin der Stadt Kiel über einen Forderungserlass entgegen. Hieran schloss sich eine Aussprache an.

Der Ausschuss ließ sich dann entsprechend des Antrags des Abg. Wolfgang Kubicki, [Umdruck 18/1824](#), über das **Aufkommen und die Verwendung der Glücksspielabgabe in Schleswig-Holstein** und entsprechend des Antrags des Abg. Wolfgang Dudda, [Umdruck 18/1810](#), über den **Stand der Novellierung der Landesbauordnung** informieren. Auch hieran schlossen sich jeweils Aussprachen an.

Der Ausschuss setzte außerdem seine Beratungen über den **Tätigkeitsbericht 2013 des Unabhängigen Landeszentrums für Datenschutz Schleswig-Holstein**, [Drucksache 18/555](#), fort. Er diskutierte mit Vertretern des Innenministeriums und des Unabhängigen Landeszentrums für Datenschutz noch einmal die Frage der Vollprotokollierung im Rahmen des polizeilichen Vorgangsbearbeitungssystems @rtus. Die Beratungen wurden mit der abschließenden Kenntnisnahme des Tätigkeitsberichtes abgeschlossen.

Er schloss außerdem seine Beratungen zum Antrag der Fraktion der PIRATEN, **Freie Nachnutzung von Werken des Landes Schleswig-Holstein**, [Drucksache 18/615](#), ab. Einstimmig empfahl er dem Landtag, die aus dem [Umdruck 18/1848](#) ersichtliche Beschlussempfehlung zu übernehmen und ihr zuzustimmen. Vor diesem Hintergrund empfahl er dem Landtag weiter, den Ursprungsantrag in der [Drucksache 18/615](#) in Übereinstimmung mit dem Antragsteller für erledigt zu erklären.

Die Ausschussmitglieder kamen außerdem überein, zum Antrag der Fraktion der PIRATEN, **Charta für Bürgerbeteiligung bei der Planung von Infrastrukturvorhaben**, [Drucksache](#)

[18/825](#), gegenüber dem federführenden Wirtschaftsausschuss keine Empfehlung abzugeben, sondern sich dessen Votum anzuschließen.

Die folgenden beiden Punkte setzte der Ausschuss vor dem Hintergrund noch weiteren Beratungsbedarfs zwischen den Fraktionen von der Tagesordnung ab:

- **Demokratische Grundstrukturen bei Verwertungsgesellschaften**

Antrag der Fraktion der PIRATEN - [Drucksache 18/224](#)

Änderungsantrag der Fraktion der FDP - [Umdruck 18/1719](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW - [Umdruck 18/1727](#) (neu)

- **Bundesratsinitiative zur Stärkung der Freiheit und der Privatsphäre im Internet**

Antrag der Fraktion der PIRATEN - [Drucksache 18/195](#)

Der Ausschuss nahm in Aussicht, in seiner nächsten Sitzung das weitere Verfahren zum Antrag der Fraktion der PIRATEN, **Entscheidung zur Videoüberwachung an Bahnhöfen**, [Drucksache 18/447](#), vor dem Hintergrund eines aktuellen Schreibens der DB AG zu erörtern.

Die im Sitzungskalender für den 4. Juni 2014 vorgesehene Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses entfällt.

Schluss: 16:20 Uhr

gez. Dörte Schönfelder